

Das Thema

Landesetat 2012 als Herausforderung zur Suche nach Alternativen

Aus der Rede der Haushaltspolitikerin der Linksfraktion, Birgit Keller, in der abschließenden Haushalts-Debatte

In der Grundsatzrede der Linksfraktion zur abschließenden Beratung des Landeshaushaltes für 2012 am 15. Dezember im Thüringer Landtag hatte die haushaltspolitische Sprecherin Birgit Keller betont (Auszüge aus ihrer Rede):

Tatsächlich ist Finanzminister Dr. Voß hier in Thüringen angetreten mit dem Auftrag, den Landeshaushalt zu konsolidieren, um Thüringen für die Zukunft finanzpolitisch auf tragfähige Säulen zu stellen. So stand der Finanzminister für 2012 vor der Aufgabe, 500 Millionen Euro einzusparen. Da diese Regierung aus CDU und SPD gerade bei dem wichtigen Politikfeld Verwaltungsreform nicht konsensfähig war und ist, langte Dr. Voß dann bei den Kommunen mit rund 200 Mio. Euro kräftig zu. Dies ist und bleibt sowohl vom Verfahren als auch vom Inhalt für unsere Fraktion kritikwürdig.

Die vielen Diskussionen der letzten Monate, gegenseitige Vorwürfe innerhalb der Landesregierung, öffentliches Austragen von Koalitionsstreitigkeiten, Demonstrationen und und sprechen ihre eigene Sprache zum Zustand der Landesregierung und der sie tragenden Parteien.

Wir bleiben dabei, eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen, als eine der tragenden Säulen des Landes Thüringen.

Dabei müssen auch angemessene Finanzmittel für sogenannte freiwillige Aufgaben sowie für die Unterhaltung und den Erhalt der kommunalen-sozialen Infrastruktur bereitstehen.

Kommunen müssen in der Lage sein, Investitionen zur Behebung noch vorhandener Infrastrukturlücken zu tätigen und die Finanzausstattung muss sich am kommunalen Aufgabenkatalog der Kommunen bemessen.

All das sehen wir mit diesem Haushalt für die Thüringer Gemeinden und Landkreise gefährdet. Dabei wissen wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden in Übereinstimmung. Die Resolutionen und die öffentlichen Proteste der letzten Wochen haben das für jeden sichtbar veranschaulicht.

Nur das Aufbegehren der Kommunen hat wohl jetzt dazu geführt, dass Sie als regierungstragende Koalition von vorher gestrichenen 200 Mio Euro 60 Mio zurück geben.

Das lange Warten von SPD und CDU auf die Novembersteuerschätzung hat also zu wenig gebracht und darüber hinaus einen im Verfahren unredlichen Umgang mit dem Landtag und den anzuhörenden Spitzenverbänden. Die Fraktion DIE LINKE hat den Entwurf des Landeshaushaltes als Herausforderung zur Suche nach Alternativen angenommen. Dabei sind wir von zwei Prämissen ausgegangen:

1. Wir halten uns an das Ziel einer Netto-Neuverschuldung Null.

2. Wir halten uns an die von der Landesregierung vorgelegte Steuerschätzung vom November. Mit anderen Worten: Zur Deckung unserer Ansprüche gehen wir nicht über die Annahmen der Landesregierung hinaus. Wir wissen um die wirtschaftlichen Risiken in Europa.

Ausgehend von diesen Grundannahmen besteht unser politisches Angebot in folgenden Säulen:

1. Die Finanzausstattung der Thüringer Kommunen muss weiter verbessert

werden. Die von der Koalition im Haushalts- und Finanzausschuss durchgesetzten 60 Mio. Euro mehr für die Kommunen betrachten wir als zu gering. Deshalb legen wir Ihnen einen Änderungsantrag unserer Fraktion vor, der den Kommunen weitere 40 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellen will. Damit wäre nach unserem Konzept die kommunale Finanzausstattung in 2012 um 100 Mio. Euro verbessert.

In diese Betrachtung gehört ein weiterer Antrag hinein, mit dem wir das Thema Transparenz bei der Kita-Finanzierung berühren: Wir wollen die

Herausnahme der Mittel aus dem KFA in den Einzelplan 04.

2. 20 Mio. Euro zusätzlich wollen wir in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Arbeit und Wirtschaft investieren und erreichen dies durch Umschichtungen im Etatentwurf.

3. 15 Mio. Euro sollen zur Tilgung alter Schulden eingesetzt werden.

Die LINKE hatte 20 Änderungsanträge und sieben Entschließungsanträge vorgelegt. Dabei stehen die Änderungsvorschläge stellvertretend für Potentiale und Defizite gleichermaßen. ■

Für eine sichere Zukunft der Grundschulhorte in Thüringen

Als „ermutigendes Zeichen“ hatte Michaela Sojka die Nachricht über das Scheitern der von der Landesregierung vorbereiteten Kommunalisierung der Grundschulhorte bezeichnet. Allerdings sei der Plan immer noch nicht vom Tisch, sondern lediglich aufgrund von Finanzierungsfragen aufgeschoben. Die Bildungsexpertin der LINKE verwies darauf, dass bisher mehr als 22.800 Eltern, Erzieher und Lehrer die Erklärung zur Sicherung der Zukunft der Thüringer Grundschulhorte unterzeichnet haben. Daher sei die jetzige Entscheidung für das Bündnis zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte „eine Bestärkung, sich auch in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, eine Trennung von Schule und Hort nicht zuzulassen“. Mit einer Kommunalisierung gefährde man die pädagogische und organisatorische Einheit von Grundschule und Hort. Dies erschwere auch den Weg zu einer Ganztagschule.

Zudem sei das Problem der Niedriglöhne für Grundschulhortnerinnen noch immer nicht gelöst. Diese würden



oftmals mit Halbezeitstellen und Armutsgehältern unter Hartz IV-Niveau abgespeist.

Unmittelbar nach der Haushalts-Diskussion zum Einzelplan 04 des Bildungsministers am 15. Dezember waren auch Abgeordnete der LINKE – im Foto (v.l.) Birgit Keller, Michaela

Sojka und Dr. Birgit Klaubert – dabei, als Vertreter des Bündnisses zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte die Unterschriften an Minister Christoph Matschie übergeben und Bilder des Malwettbewerb „Ich bleibe nach der Schule gern im Hort“ präsentieren. Foto: A. Rudolph

„Wir sind überzeugt, dass die Einnahmeseite viel stärker beachtet werden muss“

Einen besonderen Schwerpunkt hatte die Haushaltspolitikerin der Linksfraktion, Birgit Keller, in der Landtagsdebatte zum Etatentwurf der Landesregierung für 2012 auf die Steuerpolitik und die Frage der Einnahmenpolitik gelegt. Sie erklärte in ihrer Grundsatzrede dazu:

„Die Landesregierung stellt sehr stark darauf ab, dass wir nur über die Kürzung von Ausgaben konsolidieren können. Wir bezweifeln das theoretisch und praktisch.“

Wenn es stimmt, was die Menschen an Unsicherheit empfinden und was Frau Merkel für das nächste Jahrzehnt prophezeit, dann wissen alle hier im Raum, dass eine zur Konsolidierung notwendige Stabilität der Steuereinnahmen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist. Deshalb sind wir der

Überzeugung, dass die Einnahmeseite viel stärker beachtet werden muss.

Deshalb unser Entschließungsantrag für gerechte Steuerpolitik.

Kürzlich war in der Hannoverschen Allgemeinen zu lesen:

„Deutschlands Milliardären geht es deutlich besser als noch vor einem Jahr. Trotz überschuldeter Staatshaushalte quer durch Europa und milliardenschweren Bankenrettungsschirmen konnten die 100 reichsten deutschen Einzelpersonen und Familien ihr Vermögen in den vergangenen zwölf Monaten um 6,7 Prozent vermehren.“

Deshalb legen wir Ihnen heute noch einmal einen Entschließungsantrag vor, indem wir die Landesregierung auffordern, die Einnahmen Thüringens durch eine an Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit orientierte Steuerpolitik zu sichern.

Das ist eine politische Alternative unter den gegenwärtigen makropolitischen und auch landespolitischen Gegebenheiten, und eben nicht die Einrichtung von neuen Konten, auf die mal jeder, der „Überschüssiges“ hat, einzahlt.“

Und zum Schluss ihrer Grundsatzrede betonte Birgit Keller: „Politik ist auch mehr als Haushaltsanierung durch Ausgabenkürzung. Konsolidierung bedingt eine gute Mischung aus der Überprüfung bisheriger Standards auf der Ausgabe- und auf der Einnahmeseite. Mit Blick auf die Chancen und die Notwendigkeiten konnten Sie, sehr verehrte Koalitionäre, beiden Ansprüchen nicht genügen.“

Alle Reden der LINKE-Abgeordneten zum Landeshaushalt und den Einzelplänen unter:

www.die-linke-thl.de ■